



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/93

Hannover, 8. August 1946

Kirche und Sozialdemokratie

Von Arno Hennig

Ein halbes Jahrhundert lang wurden von den Vertretern christlicher Kirchen gedankenlose oder bewusste Gleichheitsstriche gesetzt zwischen Begriffen wie Atheismus / Materialismus - Sozialismus - Marxismus; und es gab auch viele Sozialdemokraten, die einem Sozialisten nur dann Vollwertigkeit zubilligten, wenn er Dissident war und sich zu einer sogenannten "materialistischen Weltanschauung" bekannte.

Schon vor dem ersten Weltkrieg jedoch und besonders seit 1918 mehrte sich rasch die Zahl der Sozialisten und Christen, die die Unsinnigkeit dieser feindlichen Lagerbildung erkannten und zu durchbrechen begannen: Der gläubig katholische Priester Wilhelm Hohoff bekannte sich öffentlich zum sozialrevolutionären Anliegen und zur historischen Leistung von Karl Marx. Und mit einem Protestanten wie Emil Fuchs begannen religiöse Sozialisten Lehrstühle zu besetzen. Heute ist der evangelische Pfarrer Albertz sozialdemokratischer Flüchtlingsminister von Niedersachsen, zwei evangelische Geistliche sind aussichtsreiche Kandidaten der Sozialdemokratie zur Bundeswahl. Der Katholik Walter Dirks, Herausgeber der "Frankfurter Hefte", bekennt sich in Schrift und Wort zur politischen Konzeption der Sozialdemokratie, einschliesslich ihrer kulturellen Toleranz. Der Kirchenpräsident von Hessen, der weltbekannte Dr. Niemöller, legte in überfüllter öffentlicher Versammlung in Braunschweig sein Bekenntnis ab zum Sozialismus, verurteilte die konfessionelle Aufspaltung des Erziehungswesens und trat für die Gemeinschaftsschule mit christlichem Religionsunterricht ein. - Welch' eine Wandlung seit einem Menschenalter!

Die letzte Entwicklung ist die Frucht zweijähriger, redlicher, von wahrheitsliebe und Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten getragenen Aussprachen. Aber nie wäre es zu so sauberen, klaren wie praktischen Ergebnissen gekommen, wenn nicht die Weltstunde, in der wir leben, gebieterisch forderte, dass die beiden eigentlichen Ordnungsmächte im politisch-sozialen Chaos unserer Tage ihre tiefe Wurzelverwandtschaft erkennen und ihre frühere verhängnisvolle Gegnerschaft verwandeln in gemeinsamen Dienst an Volk und Welt.

Auf stillen Sohlen kommen die mächtigen Verwandlungskräfte. Seit dem denkwürdigen Detmolder Gespräch haben in ganz Westdeutschland eine grosse Anzahl von Begegnungen zwischen Sozialisten und

Männern der Kirche statt erfunden, Begegnungen ohne "Programm", ohne taktische Kunstgriffe und Seitenblicke. Oft genug lag "Personalunion" vor: Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Metzger aus Darmstadt ist Mitglied der Synode und einer der führenden deutschen Teilnehmer der Weltkirchenkonferenz zu Amsterdam.

Diese Gespräche haben sich ungefähr in folgenden Bahnen bewegt:

Es gibt heute keine Partei, die das Recht hätte, sich, im Gegensatz zu anderen, als die "christliche" zu bezeichnen. - Für die politischen Probleme Deutschlands gibt es kein Generalschema konfessionalisierter Gesamtlösungen. - Weltanschauliche Gleichschaltung der Politik schafft unechte Fronten und kompromittiert das Christentum.

Die Sozialdemokratie ist tatsächlich und erklärtermassen keine Weltanschauungspartei. Zum Sozialismus führen drei Wege: Kämpferische sittliche Entrüstung über die Unterdrückung von Menschen; wissenschaftliche Erkenntnis der geschichtsbildenden Kräfte; religiöses Verantwortungsgefühl, das mit der Bergpredigt Ernst machen will. Es ist wahrheitswidrig und verwerflich, die deutsche Sozialdemokratie als spezifisch unchristlich oder antichristlich zu diffamieren. - Die Kirche darf niemals zum verlängerten Arm einer Partei herabsinken - eine Partei darf nicht zum politischen Werkzeug klerikaler oder weltanschaulicher politischer Machtansprüche werden.

Über folgende fünf Punkte praktischer politischer Arbeit herrschte nahezu vollständige Übereinstimmung:

1. Überführung der dazu reifen Schlüsselindustrien in Gemeinbesitz,
2. Vernünftige Bodenreform,
3. Heimat und Existenz für Flüchtlinge und Ausgebombte,
4. Allgemeiner Lastenausgleich auf Sachwertbasis,
5. Gemeinschaftsschule mit christlichem Religionsunterricht als vernünftigste und gerechteste Form der öffentlichen Erziehung.

Die Vertreter der Sozialdemokratie betonten in der ersten Stunde des Detmolder Gesprächs ihre Bereitschaft, im Namen der demokratischen Grundsätze die Freiheit der Verkündigung des Evangeliums zu gewährleisten und sich jedem wie immer gearteten politischen Messianismus zu widersetzen.

Immer wieder wird unter den Teilnehmern solcher Gespräche die Frage laut: "Was wäre der Welt erspart geblieben, wenn diese Verständigung fünfzig Jahre früher erfolgt wäre?" Man mag heute über das geschichteverfälschende Missverständnis noch trauern, aber die Begegnung des Christentums mit dem Sozialismus in diesen zwei Jahren erfüllt ungezählte Menschen mit freudiger Zuversicht.

"Kann ein Christ Sozialist sein"? Diese Frage ist heute durch die Macht der Tatsachen eindeutig bejaht.

- - - - -

Födlische Grenzen in Österreich

W.F. Wien, im August

Obwohl das Barometer der Londoner Staatsvertragsverhandlungen zwischen "schön" und "veränderlich" schwankt, keineswegs aber auf "hoffnungslos" steht, gibt sich in Österreich kein vernünftig denkender Mensch der Illusion hin, nach Abschluss des Vertrages werde es ein Leichtes sein, ein friedliches Leben zu führen. Es wird wohl niemand ernsthaft den Wunsch Österreichs bezweifeln, mit allen Nachbarn gut auszukommen. Aber dieser Wunsch scheint einseitig zu sein, denn sonst würden die zahlreichen Grenzzwischenfälle, bei denen bisher ausschliesslich Österreicher die Leidtragenden waren, sich vermeiden lassen.

Ein Fall aus den jüngsten Tagen: an der jugoslawischen Grenze werden zwei österreichische Gendarmen tot aufgefunden. Ihre Leiber sind buchstäblich von Kugeln durchsiebt. Von einer jugoslawischen Kommission wird behauptet, die beiden hätten auf jugoslawischem Boden "mit blossen Händen" eine jugoslawische Patrouille überfallen, worauf die Jugoslawen mit ihren Maschinengewehren geschossen hätten. Die österreichische Kommission wurde vor die Alternative gestellt, entweder das Protokoll, das die Schuld den Ermordeten zuschreibt, zu unterschreiben, oder aber auf die Leichen der Kameraden zu verzichten, die dann am Tatort verscharrt werden sollen. Der österreichische Major und mit ihm einige Mitglieder der Kommission unterschrieben, um wenigstens die Leichen der Ermordeten zu retten. Tags darauf wurden sie ihrer Posten enthoben.

Derartige Fälle ereignen sich fast täglich in der Steiermark und in Kärnten. In diesen Gebieten soll es nach dem Willen Titos zu keiner Ruhe kommen. Es ist auch nicht schwer, den Terror aufrechtzuerhalten: die österreichische Exekutive verfügt über mangelhafte Waffen, sie ist zahlenmässig schwach, die Jugoslawen sind gut ausgerüstet und treten nie einzeln ihre Patrouillengänge an wie die Österreicher. Wie aus Vernehmungen von Überläufern bekannt wird, erhalten die Grenzposten Titos besondere Prämien für jeden an der Grenze erschossenen Österreicher. Da die Grenznähe von diesen nach Tunlichkeit gemieden wird, treffen die Kugeln weit ins Österreichische.

Auch vom Osten weht ein unerfreulicher Wind. Die ungarische Grenze ist zu einer Todesmauer geworden: Kilometerlang ziehen sich doppelte Drahtverhaue dahin, zwischen ihnen liegen Minen. Wird der Stacheldraht berührt, so erfolgt die Explosion. Die Kette der Unglücksfälle reißt nicht ab. Besonders sind die an der Grenze arbeitenden Bauern betroffen.

Wälder und Höhen sperren im Norden den Zugang in das Nachbarland. Die tschechischen Grenzposten hatten es nach 1945 besonders scharf auf die heimlich flüchtenden oder vom Heimweh überwältigten Böhmerwälder, die bei Nacht und Nebel ihre Dörfer besuchten, von denen sie vertrieben worden waren, abgesehen. So mancher der Unglücklichen fiel unter den tschechischen Kugeln. Jetzt gilt die Wachsamkeit der tschechischen Grenzposten den eigenen Leuten, die nach Österreich flüchten.

Aber Österreich hat noch andere Grenzen, die nicht minder gefährlich sind. So mancher Beamte, Wirtschaftsexperte, Journalist ist an der sowjetischen Zonengrenze verschwunden. Die Russen nehmen es mit den Demarkationslinien nicht sehr genau. Der Fall des Paters Dr. Mayerhofer, eines Kunsthistorikers aus dem Stifte Kremsmünster, beschäftigt seit Tagen die Öffentlichkeit. Der genannte Geistliche, ein Prediger gegen den Kommunismus, wurde in Linz entführt, im Auto in eine ihm unbekanntere Gegend gebracht und verhört. Wie die Untersuchungen ergeben, brachten ihn die Russen in die CSR, und zwar über Budweis nach Pilsen. Dort gelang es ihm, nach Bayern zu flüchten und nach Österreich zurückzukehren. Die Verschleppung von Personen gehört in Wien noch immer zu den alltäglichen Ereignissen.

So ist der Alltag des "befreiten" Österreich aufregend genug. Wie wird es nach dem Abzug der Besetzungen sein? Wird die mangelhaft ausgerüstete Gendarmerie die Sicherheit des Staates und seiner Bürger gewährleisten? Die Frage stellen, heisst sie verneinen. Gewiss, die Gefahr eines Putsches aus eigener Kraft der einheimischen Kommunisten ist gering. Aber die Gefahren durch undichte und nicht gesicherte Grenzen sind bedeutend grösser. Deshalb propagiert die Regierung die möglichst schnelle Aufstellung des Bundesheeres. Der Kanzler, Ing. Figl, hat sogar erklärt, er werde die Alliierten ersuchen, sie mögen gestatten, dass mit den Vorbereitungen für das Heer schon in einem Monat begonnen werde, damit es bereit sei, wenn Österreich sich selbst schützen müsse. (b/B25/68/2/he)

Die Krise in der Hamburger KP

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Innerhalb der Hamburger KP hat sich im Laufe der letzten Monate eine starke Opposition mit einem eigenen Organisationskern herausgebildet, die in regelmässiger Folge eigene sogenannte Kader-Briefe innerhalb der Organisation zirkulieren lässt. Es gibt innerhalb der Partei eine starke Pro-Tito-Gruppe, die allfällige Tito- und Kardelj-Erklärungen innerhalb der Organisation verbreitet. Das Frankfurter Vorstandsmitglied der westzonalen KP, Walter Fisch, hat vertraulich vor Vertretern der KP-Besatzung die Hamburger Führung stark kritisiert. Gundeilach, der Hamburger KP-Führer, gab auf einer Funktionärversammlung im Pathos der bolschewistischen Selbstanklage die Fehler offen zu. Besonders unzufrieden ist man in Frankfurt mit Harry Neujoks und Otto Fink. Fink wurde inzwischen seines Postens als Leiter der Personalpolitischen Abteilung, d.h. des internen Abwehrapparates der KP, enthoben.

Zur Behebung der Hamburger Krise hat der Parteivorstand vor einiger Zeit einen neuen Mann nach Hamburg geschickt, Willi Prinz, einen führenden Apparat-Funktionär aus der französischen Zone, der den Auftrag hat, mit der internen Opposition aufzuräumen. In einem seiner ersten Artikel in der "Hamburger Volkszeitung" wurde von Prinz ein unversöhnlicher Kampf um die Einheit der Partei angekündigt. Von der Opposition innerhalb der KP sagt Prinz: "Eine besondere Sorte von getarnten Schmierfinken gibt es, die versuchen, in Hamburg mit sogenannten Kader-Briefen die nationale Politik der KP zu vericunden". (b/B.39/88/1/hs)

Endkampf um die Demontagen

Von Professor Dr. Fritz Baade, Kiel

Im Kampf um die Demontagen überstürzen sich jetzt die Ereignisse. Betrachtet man die letzten Kontroversen zwischen Dr. Schumacher und amtlichen englischen Stellen, dann sieht es böse aus: hundertprozentige Versteifung im englischen Lager, d.h. in diesem Falle in der englischen Arbeiterregierung. Rededuellen mit Ausdrücken von beiden Seiten, die eine Verständigung schwierig erscheinen lassen. Der FDP-Vorsitzende Professor Theodor Heuss hat sich daraufhin bereits beeilt, der SPD sein Beileid auszusprechen. "Die SPD tut mir leid", so erklärte er, "Schumacher muss an seine englische Bruderpartei und an Bevin Briefe schreiben und bekommt nur Hohn dafür zurück".

Ob es geschmackvoll ist, den Kampf gegen die Demontagen, der ein Lebenskampf des ganzen deutschen Volkes ist, zu innenpolitischen Stichleien im Wahlkampf zu benutzen, das zu beurteilen, wollen wir getrost der Wählerschaft überlassen. Wir sind der Meinung, dass in solchen Fragen unter Zurückstellung des Parteienkampfes alle deutschen Parteien und insbesondere ihre Führer zusammenstehen müssen.

Wenn die offiziellen englischen Kreise die Darstellung Kurt Schumachers von der Demontage als Konkurrenzmanöver als "Lüge" bezeichnen, so bezichtigen sie damit nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch die amerikanische und den nichtkommunistischen Teil der französischen Arbeiterbewegung und selbst englische Labour-Abgeordnete der Lüge. Die American Federation of Labour, die grösste Arbeiterorganisation der Welt, hat in einer Erklärung zur Demontagefrage vom Juli ausdrücklich festgestellt: "Das wirkliche Motiv für die Demontage deutscher Industrien ist nicht die Sicherheitsfrage, sondern engstirniger Nationalismus und selbstsüchtige Gruppeninteressen und steht in striktem Gegensatz zu dem Geist des Marshall-Planes." Der Leiter des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes Walter Reuther hat am 10. Mai in einem Brief an Präsident Truman verlangt, dass vor allen Dingen die Demontagen in der deutschen Stahlindustrie rückgängig gemacht werden. Vor allem in drei Werken soll aus dem lebendigen Körper eines Verbundwerkes das Herzstück, nämlich das Stahlwerk, herausgeschnitten werden, wodurch "der normale Strom des flüssigen Roheisens und der heissen Stahlblöcke unterbrochen wird, nur um die Produktionskosten und den Kohlenverbrauch zu erhöhen."

Auf diese Feststellungen haben zwar die englischen Arbeiter, soweit wir übersehen können, bis heute nicht geantwortet, aber die in der Force Ouvrière zusammengeschlossenen nichtkommunistischen französischen Gewerkschaften haben versprochen, die deutschen Arbeiter im Kampf gegen diese Konkurrenzdemontagen zu unterstützen.

Aber auch hervorragende, kameradschaftlich mit den deutschen Arbeitern empfindende Labour-Abgeordnete selber haben den Konkurrenzcharakter dieser Demontagen offen angeprangert; so der Labour-Abgeordnete Stokes, der in der "Tribune" schreibt: "Weist nicht all das darauf hin, dass eine Konkurrenzabsicht hinter der Demontage-Dampfwalze steckt, die aufzuhalten niemand fähig oder gewillt scheint?", oder der Labour-Abgeordnete Skeffington-Lodge, der im Unterhaus am 20.6.1948 erklärte: "Unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint es mir verrückt, an der

Durchführung irgendeiner Demontage festzuhalten, und den deutschen Arbeitern erscheint es in erster Linie als eine Kriegshandlung."

Herr Heuss hat also keine Ursache, der deutschen Sozialdemokratie zu ihrem Misserfolg im Kampfe gegen die Demontagen zu kondolieren. Die aufgeführten Beispiele tatkräftiger kameradschaftlicher Hilfe aus Amerika, Frankreich und aus der Labour Party selbst stellen der internationalen Solidarität der organisierten Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugnis aus. Da ich selbst nicht einen unwesentlichen Teil dieser Verhandlungen in Amerika geführt habe, kann ich nur bestätigen, wie geradezu überwältigend die Bereitwilligkeit der massgebenden amerikanischen Arbeiterführer in dieser Frage gewesen ist. Wir würden der FDP nur wünschen, dass sie auch nur annähernd das Gleiche an Erfolgen in den ihr gesinnungsmässig nahestehenden Kreisen des Auslandes aufzuweisen hätte, und ebenso der CDU.

Das Wichtigste aber ist, dass der amerikanische Senat am vergangenen Freitag einen Zusatz zum Marshall-Plan-Gesetz angenommen hat, mit dem die Unterbindung aller weiteren Zerstörungen oder Demontagen gewisser industrieller Anlagen in Deutschland angestrebt werden soll. Der Administrator der Europa/Hilfe, Paul G. Hoffman, ist angewiesen worden, neue Verhandlungen aufzunehmen, damit in Deutschland solche Werke erhalten bleiben, die dem deutschen und dem europäischen Wiederaufbau dienen können.

Da die Werke, die heute noch auf der Demontageliste stehen - Stahlwerke, Hochofen, Stickstoff-Fabriken, Kunstgummifabriken und vor allem die Anlagen zur Kohleveredelung - aus technischen Gründen überhaupt nicht an der Stelle abgerissen und an einer anderen Stelle wiederaufgebaut werden können, ohne Kosten zu verursachen, die über die Erstellungskosten einer neuen Fabrik weit hinausgehen, ist es sicher, dass keine dieser Fabriken, falls sie zerstört werden, jemals wieder in Europa arbeiten wird. Wenn Herr Hoffmann diesen neuen Auftrag des Senats, der eine Bedingung für die neue Bewilligung von Marshall-Plan-Geldern ist, loyal ausführt, werden alle diese Betriebe endgültig erhalten bleiben. Paul G. Hoffmann muss jetzt versuchen, die britische und französische Zustimmung zur Belassung von weiteren 150 Werken in Deutschland zu verlangen.

Nachdem ich einen nicht unwesentlichen Teil des Kampfes um die Demontagen und insbesondere um die Gewinnung der amerikanischen Öffentlichkeit, besonders des Senats, sowohl in den eineinhalb Jahren meines vorigen Amerika-Aufenthalts wie in den drei Monaten meiner diesjährigen Amerikareise aus allernächster Nähe mit angesehen und, soweit meine bescheidenen Kräfte reichten, mit zu beeinflussen versucht habe, kann ich bezeugen, dass dieser Beschluss ohne die kameradschaftliche Hilfe der amerikanischen Gewerkschaften und insbesondere ohne die bei der letzten Wahl mit Gewerkschaftshilfe gewählten Senatoren niemals zustande gekommen wäre. Bei der Dringlichkeit, mit der gerade auch England und Frankreich weitere Gelder aus Amerika brauchen, werden sie sich den neuen Argumenten Paul G. Hoffmans kaum verschliessen können. Es besteht nun begründete Hoffnung, dass auch der bisher allen Argumenten verschlossene Flügel der Labour-Party den Anschluss an die demokratische Arbeiterbewegung wiederfinden wird, die einstimmig die Einstellung dieser Zerstörungen verlangt. (b/Bla/88/2/he)

Das Geld soll regieren
.....

sp. Die sensationelle Enthüllung der Finanzierung der "Besitzer"-Parteien, insbesondere der CDU und der FDP, hat in der Öffentlichkeit grosses Aufsehen erregt. Vier Millionen DM hatten Unternehmerkreise zur Weiterführung der "freien" Wirtschaft Professor Erhards (CDU) vorgeesehen. Das "Soll" ist erfüllt. Wie wir erfahren, hatte der Wahlfonds am 8. Juli 1949 bereits den Betrag von 3,5 Millionen DM erreicht. Schon 10 Tage später waren die vier Millionen überschritten. Insgesamt 4,31 Millionen DM sollen zusammengefloßen sein, um wieder einmal - wie damals, als Hitlers Start durch die Millionen der Schwerindustrie finanziert wurde - mit der Macht des Geldes die Politik zu beeinflussen und zu beherrschen.

Es sind aber nicht nur Unternehmerkreise, die die Wahnsirns politik der von CDU und FDP gemanagten freien Wirtschaft mit ihren hohen Preisen und den masslosen Gewinnen finanziell unterstützen. In einem Rundschreiben der CDU, Kreis Flön, vom 15.5.1949 wurden bereits damals die interessierten Personen, zu einem Treffen aufgefordert, "um die Sammelaktion zu besprechen, da auf keinen Fall eine planlose Sammelei beginnen darf". Es heisst dann weiter: "Den Grossgrundbesitz und die Grosspächter bitten wir nicht anzusprechen, da dort schon eine eigene Aktion abgeschlossen ist". Diese Feststellung von der CDU selbst, dass auch in Grossgrundbesitzerkreisen die "Aktion" stattgefunden hat, bestätigt die Tatsache der Abhängigkeit gewisser Politiker von dem Grossbesitz und dem Grosskapital.

Diese Abhängigkeit wird weiter durch eine Meldung bewiesen, dass sich die CDU-Politiker Alberts und Kaiser vergeblich bemüht haben, ihr Sozialprogramm in das wirtschaftliche Programm der CDU eingebaut zu bekommen. Ein trauriges und beschämendes Zeichen, das die Notwendigkeit des Beschlusses der Hamburger Bürgerschaft unterstreicht, in dem auf sozialdemokratischen Antrag die Offenlegung der Parteigelder verlangt wird.

(b/B1/88/1/hs)

.....
Jahn an Frohne und Busch

Der 1. Vorsitzende der Gewerkschaften der Eisenbahner Westdeutschlands, Hans Jahn, hat an den Direktor der Verwaltung für Verkehr, Prof. Ing. Dr. Frohne in Frankfurt/M. und an den Generaldirektor der Eisenbahnen des westdeutschen Wirtschaftsgebietes, Dr. Fritz Busch, Frankfurt/M. einen Brief gerichtet, der besagt:

"Wie ich Presseberichten entnehme, werden Ihrerseits Schritte unternommen, um in Bonn sowohl die Verwaltung für Verkehr als auch die Hauptverwaltung Eisenbahn räumlich unterzubringen. Ganz abgesehen davon, dass der Sitz für die westdeutsche Bundesrepublik noch nicht endgültig festliegt, halte ich die Investierung von erheblichen Summen für diesen Zweck zur Zeit für untragbar. Jeder Pfennig Geld muss heute für die Erhaltung des Arbeitsplatzes der Eisenbahnarbeiter und -Beamten bereitgestellt werden.

Im Interesse dieser braven Menschen und um ein wirtschaftliche Vergeudung von finanziellen Mitteln zu verhindern, ersuche ich Sie dringend, von der geplanten Sitzverlegung der beiden Hauptverwaltungen Abstand zu nehmen."

Verantwortlich: Peter Raunau